

A stylized map of France composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific regions or political entities.

Frankreich vor den Parlamentswahlen

Welche Mehrheit für François Hollande?

PETER GEY UND BENJAMIN SCHREIBER

Juni 2012

- Die Parlamentswahlen am 10. und 17. Juni 2012 entscheiden nicht nur über die Zusammensetzung der gesetzgebenden Gewalt. Es geht auch um die Machtverteilung zwischen Präsident und Premierminister. Bei einer Niederlage der *Parti Socialiste* und ihrer Bündnispartner hätte François Hollandes Projekt des *changement* keine Chance mehr. Käme es zu einer Kohabitation, bliebe dem Präsidenten nur noch die Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik. Das Regieren müsste er ansonsten einem rechten Premierminister überlassen.
- Die *Parti Socialiste* strebt gemeinsam mit der sozialliberalen *Parti Radical de Gauche* (Radikale Partei der Linken) und *Europe Ecologie-Les Verts* (Grüne) nach der absoluten Mehrheit der Sitze. Beiden Parteien hat die PS Wahlkreise überlassen, um deren Kandidaten unter den Bedingungen des französischen Mehrheitswahlrechts den Einzug ins Parlament zu ermöglichen. Ein Wahlbündnis mit der *Parti Communiste* (Kommunistische Partei) und der *Parti de Gauche* (Die Linke) ist nicht zustande gekommen.
- Die rechtsradikale *Front National* versucht, die Krise der bisherigen Regierungspartei UMP auszunutzen und wichtigste Oppositionspartei zu werden. Dass die *Front National* den Sprung ins Parlament schaffen wird, ist zu erwarten. Wie stark die Partei von Marine Le Pen in der nächsten Nationalversammlung vertreten sein wird, hängt maßgeblich von der Wahlentscheidung ehemaliger Sarkozy-Wähler ab.

François Hollande übernahm als zweiter sozialistischer Präsident der Fünften Republik nach François Mitterrand am 15. Mai 2012 das Amt des Staatspräsidenten und ernannte noch am selben Tag Jean-Marc Ayrault zu seinem Premierminister. Dieser stellte umgehend die Mitglieder einer Übergangsregierung vor, die bis zur zweiten Runde der Parlamentswahlen am 17. Juni amtieren wird. Ob Präsident Hollande jedoch sein politisches Programm des »Wechsels« in dem Maße wird umsetzen können, wie er es im Wahlkampf versprochen hatte, hängt davon ab, wie die Wahlen zur Nationalversammlung ausgehen werden.

Zwar hat der Staatspräsident in Frankreichs politischem System der Fünften Republik (seit 1958) weitreichende Vollmachten: Er bestimmt die Leitlinien der nationalen Politik, ernennt den Premierminister und auf dessen Vorschlag die Regierungsmitglieder, er leitet die Kabinettsitzungen und kann das Parlament auflösen, ihm obliegt die Verantwortung für die Außenpolitik und die Streitkräfte, und er bestellt die Mitglieder maßgeblicher Gremien wie z. B. alle Obersten Richter und Staatsanwälte. Doch der Premierminister ist nicht dem Staatspräsidenten, sondern allein der Nationalversammlung verantwortlich. Daher entscheiden die Parlamentswahlen nicht nur über die Zusammensetzung der gesetzgebenden Gewalt. Es geht auch um die Machtverteilung zwischen Präsident und Regierung.

Mit der Wahl von Präsident und Parlament macht es sich Frankreich nicht einfach. Beide werden nach unterschiedlichen Regeln im Abstand von sechs Wochen in insgesamt vier Wahlgängen gewählt. Da der Wahlkampf früh beginnt, geht alles in allem fast ein halbes Jahr ins Land, bis über eine neue politische Führung entschieden ist.

Kohabitation: für einen Präsidenten der Fünften Republik der Albtraum schlechthin

Es ist noch nicht ausgemacht, dass François Hollande mit seinem langjährigen Vertrauten Jean-Marc Ayrault auch nach dem 17. Juni zusammen regieren kann. Im Extremfall können die Parlamentswahlen das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen umkehren und diejenigen Parteien als Sieger hervorgehen lassen, die zuvor die Wahl von François Hollande verhindern wollten. In der Folge käme es zu einer *cohabitation* (Kohabitation) zwischen einem sozialistischen Präsidenten und einem rechten Premierminister.

Der Begriff der Kohabitation bezeichnet eine besondere politische Konstellation in Frankreichs Fünfter Republik, bei der Staatspräsident und Premierminister gegnerischen politischen Lagern angehören. Dabei stützt sich der Premierminister auf eine eigene parlamentarische Mehrheit, die es ihm erlaubt, mit seiner Regierung eine vom Staatspräsidenten unabhängige Politik zu verfolgen. In einer Kohabitation erfährt der Präsident einen plötzlichen und drastischen Machtverlust. Ihm bleibt nur noch die Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik, bei der er sich dann jedoch mit dem Premierminister abstimmen muss; alle übrigen Bereiche, darunter auch die wichtigen Felder der Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, muss er dem Premierminister überlassen. In einem Land, dessen Geschichte von einer ausgesprochen starken Links-Rechts-Spaltung geprägt ist, stellt ein derartiges Nebeneinander gegensätzlicher Kräfte an der Spitze des Staates einen bösen politischen Unfall dar.

Während Frankreichs ausländische Partner von einer Kohabitation durchweg wenig begeistert sind, weil sie die außenpolitische Handlungsfähigkeit der französischen Regierung lähmen könnte, wird sie in der französischen Bevölkerung unterschiedlich gewertet: Für die Wähler- und Anhängerschaft des Präsidenten ist es geradewegs der Wechsel in die Opposition, für die des Premierministers hingegen die weitgehende Rückeroberung der Macht. Für Frankreich ist es für die Dauer der Kohabitation auch der Übergang von einem semipräsidentialen zu einem parlamentarischen System.

Bislang ist es in der Geschichte der Fünften Republik dreimal zu einer Kohabitation gekommen:

- Nach dem Sieg der Rechtsparteien bei den Parlamentswahlen 1986 war Präsident François Mitterrand gezwungen, Jacques Chirac zum Premierminister zu ernennen, der daraufhin eine konservative Regierung bildete. Nach seiner Wiederwahl im Jahre 1988 löste François Mitterrand das Parlament umgehend auf, um durch Neuwahlen wieder eine parlamentarische Mehrheit und damit einen sozialistischen Premierminister zu bekommen.
- Fünf Jahre später gingen die turnusmäßigen Neuwahlen für die Linksparteien verloren und brachten 1993 Edouard Balladur an die Regierungsspitze, bis François Mitterrand 1995 durch Jacques Chirac abgelöst und die Kohabitation damit beendet wurde.

- Die dritte Kohabitation dauerte von 1997 bis 2002. Sie entstand durch eine Fehleinschätzung Präsident Chiracs, der im Glauben auf einen Wahlsieg der Rechten das 1993 gewählte Parlament vorzeitig aufgelöst hatte und nach Neuwahlen einer vollen Legislaturperiode in einer Kohabitation mit dem Sozialisten Lionel Jospin entgegensah.

In allen drei Fällen war das Zustandekommen einer Kohabitation dadurch begünstigt worden, dass die jeweiligen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen nicht zur selben Zeit stattgefunden hatten. Die unterschiedliche Dauer der Amtszeit des Präsidenten (sieben Jahre) und der Legislaturperiode des Parlaments (fünf Jahre) barg stets die Gefahr, dass es zu einer Kohabitation kommen könnte, weil die Wählerinnen und Wähler dazu neigten, der übermäßig langen Amtszeit des Staatspräsidenten einen Wechsel der parlamentarischen Mehrheit entgegenzusetzen.

Die Verkürzung seiner Amtsdauer stärkte den Präsidenten

Nach einer Volksabstimmung wurde im Jahre 2000 die Amtszeit des Staatspräsidenten von sieben auf fünf Jahre verkürzt. Auch entschied man, die zeitliche Abfolge der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen so festzulegen, dass auf Präsidentschaftswahlen wenige Wochen später Parlamentswahlen folgen. Beide Maßnahmen zielten darauf ab, die Aussichten eines neu gewählten Präsidenten auf eine parlamentarische Mehrheit seines politischen Lagers entscheidend zu verbessern.

Die Verkürzung seiner Amtsdauer hatte die Position des Staatspräsidenten gegenüber dem Parlament zweifellos gestärkt. Die nahezu gleichzeitige Wahl von Präsident und Parlament bedeutete gewissermaßen die Institutionalisierung einer Doppelwahl in vier Wahlgängen. Dies erhöhte die Wahrscheinlichkeit, dass der Präsident eine fünfjährige Amtszeit (*quinquennat*) erhält, in der er seine erlangten Zuständigkeiten auch ausüben kann.

Trotzdem ist die geänderte Regelung in sich nicht stimmig. Zwischen den beiden Wahlen liegen vierzig Tage; in dieser Zeitspanne ernennt der Präsident eine Regierung, die einem Parlament gegenüber verantwortlich ist, dessen Wahl erst noch bevorsteht. Die neue Regierung hat keine andere Möglichkeit, als mit Dekreten zu regieren,

während ihre Mitglieder sich gleichzeitig noch im Wahlkampf befinden. Dabei wurden die großen politischen Auseinandersetzungen bereits im Kampf um die Präsidentschaft geführt, was nicht zuletzt dazu führt, dass die Beteiligung an den Parlamentswahlen deutlich niedriger ausfällt.

Andere Wahlen, andere Regeln

Mit Ablauf der Bewerbungsfrist am 18. Mai um 18:00 Uhr stand fest, dass sich in den 577 Wahlkreisen insgesamt 6.591 Kandidatinnen und Kandidaten um ein Mandat bewerben würden. Damit treten pro Wahlkreis durchschnittlich 11,4 Bewerber gegeneinander an. Obgleich den Parteien gesetzlich vorgeschrieben ist, zu gleichen Teilen Männer und Frauen aufzustellen, sind unter den Bewerbern lediglich 40 Prozent Frauen. Oft ziehen es die Parteien vor, eine Strafe zu zahlen, anstatt die Kandidaturen paritätisch zu besetzen.

Die Parlamentswahlen finden in zwei Wahlgängen am 10. und 17. Juni statt. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer die absolute Mehrheit der Stimmen erzielt. Wo dies nicht der Fall ist, rücken nicht nur die beiden bestplatzierten Kandidaten in die zweite Runde vor, wie dies bei den vorausgegangenen Präsidentschaftswahlen der Fall war, sondern alle, die eine Stimmenzahl erreicht haben, die mindestens 12,5 Prozent der Wahlberechtigten des betreffenden Wahlkreises entspricht. Daher können in einigen Fällen auch drei oder selbst vier Kandidaten den zweiten Wahlgang erreichen. Man spricht dann von *triangulaires* bzw. *quadrangulaires*.

Darüber hinaus hat diese Regel zur Folge, dass es umso schwieriger wird, die zweite Runde zu erreichen, je niedriger die Wahlbeteiligung ausfällt. Sollte die Wahlbeteiligung 2012 ähnlich ausfallen wie bei den Parlamentswahlen 2007 (60 Prozent), wäre ein Ergebnis von mindestens 21 Prozent der abgegebenen Stimmen erforderlich, um die zweite Runde zu erreichen. Im zweiten Wahlgang reicht für den Sieg dann eine einfache Mehrheit.

Unter diesen Umständen versuchen die Parteien schon vor dem ersten Wahlgang Wahlbündnisse einzugehen, um durch Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten deren Aussichten auf ein Weiterkommen zu verbessern. Vor dem zweiten Wahlgang drehen sich die Verhandlungen zwischen den Parteien dann darum, welche Partei

seinen Kandidaten in welchem Wahlkreis zurückzieht, um dort einen Sieg des gegnerischen Lagers oder einer als undemokratisch geltenden Partei, wie die *Front National*, zu verhindern.

Wo die Parteiführungen Allianzen aushandeln, das Kräfteverhältnis zwischen den Parteiflügeln berücksichtigen oder einem bestimmten Bewerber den Vorzug geben, bestimmen sie, wer letztlich in welchem Wahlkreis kandidieren darf. Dabei haben der bisherige Wahlkreisvertreter und die jeweilige Parteibasis das Nachsehen. In Fällen einer solchen *parachutage* kann es dazu kommen, dass Bewerber sich weigern, ihren angestammten Wahlkreis aufzugeben und als *dissident* gegen den Favoriten der Parteiführung antreten.

Obwohl es das Wahlrecht nicht vorschreibt, ist es in Frankreich Tradition, dass Regierungsmitglieder, die ihren Wahlkreis verlieren, aus der Regierung ausscheiden müssen. Dieses Junktim von Amt und Mandat wird damit begründet, dass ein Minister direkt von der Wählerschaft seines Wahlkreises legitimiert sein sollte. Auch Premierminister Ayrault hat bereits erklärt, dieser Tradition zu folgen. Allerdings scheint es Ausnahmen zu geben. Aufgrund schlechter Aussichten auf einen Wahlsieg haben zwei seiner Ministerinnen darauf verzichtet, bei den Wahlen anzutreten, ohne dass sie bislang von ihren Ämtern hätten zurücktreten müssen.

Die *Parti Socialiste* strebt nach der absoluten Mehrheit

Eine Woche vor dem ersten Wahlgang liegt das von der PS geführte Parteienbündnis in den Meinungsumfragen vorn. Offenbar sind die Franzosen gewillt, dem von ihnen gerade erst gewählten Präsidenten François Hollande auch eine parlamentarische Mehrheit zu geben, damit dieser sein Projekt des *changement* politisch umsetzen kann. Hierzu streben die PS und die mit ihr alliierten Parteien *Europe Ecologie-Les Verts* (Grüne) und die sozialliberale *Parti Radical de Gauche* (Radikale Partei der Linken) die absolute Mehrheit der Parlamentssitze an. Sollte dies nach der Eroberung der Senatsmehrheit im vergangenen Jahr gelingen, hätte die Linke eine beispiellose Machtfülle erreicht. Weder unter Präsident François Mitterrand noch während der Regierungszeit von Lionel Jospin konnte sie jemals in beiden Kammern die Mehrheit auf sich vereinen.

Das Regieren wäre für die PS am einfachsten, wenn sie mit der Radikalen Partei alleine die absolute Mehrheit von 289 Sitzen erreichen könnte. Die Radikale Partei hatte sich als einzige Linkspartei im Oktober 2011 an den offenen Vorwahlen der PS, bei denen François Hollande zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde, beteiligt. Um ihren Einzug in die Nationalversammlung zu gewährleisten, hat die PS 32 Wahlkreise an sie abgetreten. Doch auch ein Regierungsbündnis mit den Grünen, die in der gegenwärtigen Übergangsregierung bereits vertreten sind, wäre verhältnismäßig unproblematisch. Mit ihnen hatte die PS schon im November 2011 eine Koalitionsvereinbarung getroffen, in der den Grünen 63 Wahlkreise überlassen wurden. Obwohl es dennoch einige sozialistische »Dissidenten« geben wird, sind die Aussichten für die Grünen gut, mindestens 15 Sitze und damit die angestrebte Fraktionsstärke zu erreichen.

Gespräche zwischen der PS und den beiden anderen Linksparteien *Parti Communiste* (Kommunistische Partei) und *Parti de Gauche* (Die Linke) über die Aufstellung gemeinsamer Kandidaten waren im Mai gescheitert. Trotzdem dürften beide Parteien im Wahlbündnis *Front de Gauche* (Linksfront), deren gemeinsamer Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen immerhin 12,1 Prozent der Stimmen erzielt hatte, ins Parlament einziehen. Sollte es nur zu einer relativen Mehrheit für die sozialistisch geführte Koalition reichen, wäre die Lage für die Regierung schwierig. In diesem Fall wäre sie auf die Stimmen eines Partners angewiesen, der insbesondere in wirtschafts- und haushaltspolitischen Fragen diametral andere Auffassungen vertritt. Ein Abbau des auch in Frankreich unhaltbar gewordenen Haushaltsdefizits würde mit der Linksfront kaum zu machen sein.

Die Rechte warnt vor einer Hegemonie der Linken

Die *Union pour un mouvement populaire* (Union für eine Volksbewegung, UMP) versucht, die durch die Niederlage Nicolas Sarkozys entstandenen innerparteilichen Turbulenzen zu glätten und die Auseinandersetzungen um seine Nachfolge auf die Zeit nach den Parlamentswahlen hinauszuschieben. Offiziell lässt die Partei verlauten, dass man die Wahlen gewinnen wolle, um auch die nächste Regierung zu führen. Dabei fällt es der UMP jedoch schwer, sich klar für eine neue Kohabitation auszusprechen, weil dies dem Sinn des *quinquennat* wider-

sprache und ein direkter Aufruf zur Schwächung des Staatspräsidenten wäre, der bei den Bürgerinnen und Bürgern schlecht ankäme.

Bereits im Präsidentschaftswahlkampf hatte die UMP heftige Kritik an den wirtschafts- und finanzpolitischen Vorstellungen und Absichten François Hollandes geübt. Jetzt warnt sie im Wahlkampf noch verstärkt vor einer drohenden Hegemonie der Sozialisten. In der Tat würde ein Wahlsieg der PS bei den Parlamentswahlen bedeuten, dass die Sozialisten zum ersten Mal in fast allen gewählten Körperschaften Frankreichs in der Verantwortung stünden. Sie stellen den Staatspräsidenten, haben die Mehrheit im Senat und regieren mit einer Ausnahme alle Regionen sowie die große Mehrheit der Großstädte und Departements. Ihr Sieg bei den Parlamentswahlen würde bedeuten, dass sie fortan in beiden Kammern des Parlaments das Sagen hätten. Bisher stieß das Hege- monie-Argument in der Geschichte der Fünften Republik allerdings auf wenig Resonanz.

Die Rechtsradikalen drängen ins Parlament

Marine Le Pen erreichte mit 17,9 Prozent in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen vom 22. April 2012 das bisher beste Ergebnis für die *Front National* bei einer landesweiten Wahl. Die Vorsitzende der rechtsradikalen FN kam dabei in 59 Wahlkreisen auf 25 Prozent und in drei weiteren auf 30 Prozent der Stimmen. Damit zeichnet sich ab, dass die FN ihren aus dem Jahre 1997 stammenden Rekord, als ihre Kandidaten bei den Parlamentswahlen in 133 Wahlkreisen in die zweite Runde gelangten, voraussichtlich einstellen wird. Auch hat sie ihre Stimmengewinne gleichmäßiger in allen Regionen erzielt und in allen Bevölkerungsschichten an Zuspruch gewonnen.

Doch das gute Ergebnis bei den Präsidentschaftswahlen wird sich für Marine Le Pen am 17. Juni nicht im gleichen Maße wiederholen. Die erfahrungsgemäß hohe Stimmenthaltung ihrer Wählerschaft bei Parlamentswahlen und die insgesamt niedrigere Wahlbeteiligung sind für die FN eine hohe Hürde, um die erforderlichen 12,5 Prozent an Wahlberechtigten im jeweiligen Wahlkreis zu erreichen. In welchem Umfang die Rechtsradikalen künftig Sitz und Stimme in der französischen Nationalversammlung haben werden, hängt auch davon ab, ob die beiden großen Parteien der Linken und Rechten, PS und

UMP, vor dem zweiten Wahlgang zu einer Übereinkunft im Sinne des *désistement républicain* (republikanischer Rücktritt) gelangen.

Nach einigem Zögern erklärte sich die PS bereit, in Wahlkreisen, wo ein Sieg der FN drohen könnte, den eigenen Kandidaten zugunsten des besser platzierten UMP-Kandidaten zurückzuziehen. Auf eine solche Vereinbarung will sich die UMP bislang jedoch nicht einlassen, weil die Stimmen ihrer potenziellen Wählerschaft sich im ersten Wahlgang erfahrungsgemäß zwischen dem UMP- und dem FN-Kandidaten aufteilen. Dadurch wäre die UMP im Falle einer *triangulaire* von PS-UMP-FN gegenüber der PS benachteiligt.

Angesichts der Zerstrittenheit der UMP, die in einen liberalen und einen rechtskonservativen Flügel gespalten ist, dürften bei den kommenden Parlamentswahlen größere Teile ihrer Wählerschaft den Lockrufen Marine Le Pens folgen und rechtsradikal wählen. Während in der Legislaturperiode 2007 bis 2012 die FN mit keinem einzigen Mandat in der Nationalversammlung vertreten war, ist heute damit zu rechnen, dass fünf bis sieben ihrer Kandidaten am 17. Juni den Sprung ins Parlament schaffen werden.

Der FN-Vorsitzenden ist es gelungen, die Äußerungen ihrer Partei in der Öffentlichkeit zu mäßigen und das Erscheinungsbild dem der übrigen Parteien anzugleichen. Fremdenfeindliche und rassistische Töne wurden leiser gestellt und stattdessen französische Werte und Traditionen hervorgehoben. Mit dieser »Entdämonisierung« sowie ihrer entschiedenen Kritik an Globalisierung, Europäischer Union und Einheitswährung gelang es ihr, die FN aus dem Tief nach dem schlechten Wahlergebnis von 2007 herauszuführen und für Menschen wählbar zu machen, die traditionell von der FN nicht erreicht werden konnten.

Marine Le Pen will die Krise der UMP nutzen, um ihre eigene Partei zu stärken und zur wichtigsten Oppositionspartei aufzubauen. Zu diesem Zweck schuf sie unter dem Etikett *Rassemblement bleu Marine* (Dunkelblaue Allianz) eine neue Wahlplattform, auf der Unabhängige und Vertreter anderer Parteien kandidieren sollten. 30 Prozent der 572 Wahlkreise, in denen ihre Allianz antritt, wurden für Kandidaten einer solchen *ouverture* (Öffnung) reserviert, diese Zahl wurde aber bei Weitem nicht erreicht.

Mit dem Angebot der *ouverture* zielte Marine Le Pen vor allem auf den rechten Flügel der UMP und deren konservative Wählerschaft. Der Ausgang der Parlamentswahlen wird erste Hinweise geben, welchen Weg die republikanische Rechte und die Rechtsradikalen in Frankreich einschlagen werden.

Ausblick

Bei den bevorstehenden Parlamentswahlen geht es für die französische Linke noch um alles: Im Falle eines Wahlsieges der UMP hätte François Hollandes Projekt des *changement* keine Chance mehr. In einer erneuten Kohabitation bliebe dem Präsidenten einzig die Zuständigkeit für die Außen- und Sicherheitspolitik. Ansonsten müsste er das Regieren einem rechten Premierminister überlassen.

Eine Niederlage der PS und ihrer Alliierten ist jedoch sehr unwahrscheinlich. Seit die Parlamentswahlen infolge der Verfassungsänderung vom Jahre 2000 nahezu gleichzeitig mit den Präsidentschaftswahlen stattfinden, kam es weder 2002 noch 2007 zu einer Umkehr des Ergebnisses der Präsidentschaftswahlen bei den nachfolgenden Parla-

mentswahlen. Zwar mag das Hegemonie-Argument der UMP einige Wählerinnen und Wähler davon abhalten, im zweiten Wahlgang für die PS zu stimmen, dennoch ist zu erwarten, dass eine Mehrheit die Macht und Handlungsfähigkeit des gerade erst gewählten Präsidenten inmitten einer schweren Krise bestätigt sehen möchte.

Die entscheidende Frage ist, ob es für die PS und ihre Partner auch zu einer absoluten Mehrheit reicht. Diese ist unbedingt notwendig, damit Präsident François Hollande sein politisches Programm und unausweichliche Reformen in Frankreich und Europa verwirklichen kann, ohne auf die parlamentarische Unterstützung der globalisierungsfeindlichen, linksradikalen Partei *Front de Gauche* angewiesen zu sein.

Auch für die bisherige Regierungspartei UMP geht es am 10. und 17. Juni um viel. Umfragen zufolge befürworten von den einstigen Wählern Nicolas Sarkozys fast zwei Drittel bei den Parlamentswahlen ein Zusammengehen von UMP und FN. Da die UMP-Spitze ein solches Wahlbündnis ausgeschlossen hat, müssen ehemalige Sarkozy-Wähler eine Entscheidung treffen. Am 17. Juni wird man wissen, ob sie der Partei Marine Le Pens ermöglicht haben, in die Nationalversammlung zu gelangen.



Über die Autoren

Dr. Dr. Peter Gey ist Leiter und **Benjamin Schreiber** wissenschaftlicher Mitarbeiter des Pariser Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Westeuropa/Nordamerika
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin, Referat Westeuropa/Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>

Bestellungen/Kontakt:
uta.dirksen@fes.de

Zum Weiterlesen

Peter Gey (2011): Marine Le Pen und das Comeback der rechtsradikalen Front National vor den Präsidentschaftswahlen 2012;
<http://library.fes.de/pdf-files/id/08435.pdf>

Peter Gey / Benjamin Schreiber (2012): Frankreich vor den Präsidentschaftswahlen: Die Tücken des Wahlrechts und die schwierige Allianz der Linksparteien; <http://library.fes.de/pdf-files/id/09028.pdf>

Informationen des Pariser Büros der FES zu den Präsidentschaftswahlen in Frankreich 2012 (in deutscher Sprache):
<http://www.fesparis.org/>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.